



Bundesverband der Deutschen Weinkellereien



MEDIENINFORMATION – Berlin, 05.09.2025

„Wein-Gipfel“ im Bundesministerium: Starke Verbände-Allianz stellt notwendige Maßnahmen zur Trendwende vor

Weinkrise wird zur Chefsache: Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer hat sich heute (Freitag, 05.09.2025) mit den bedeutendsten Verbänden der Weinwirtschaft ausgetauscht, um konkrete Wege aus der Krise zu finden. In einem starken Schulterschluss haben (in alphabetischer Reihenfolge) der Bund der Deutschen Landjugend (BDL), der Bundesverband der Deutschen Weinkellereien (BVW), der Bundesverband Wein und Spirituosen International (BWSI), der Deutsche Raiffeisenverband (DRV), der Deutsche Weinbauverband (DWV), der Verband Deutscher Sektellereien (VDS) sowie der Verband Deutscher Weinexporteure (VDW) dem Minister deutlich artikuliert, dass sich die deutsche Weinbranche in einer wirtschaftlichen Krise befindet, die die Betriebe vor große und teilweise existenzielle Herausforderungen stellt. Sie begrüßen ausdrücklich den konstruktiven Austausch mit dem Bundesminister und bewerten die ersten Signale des Bundesministers, Maßnahmen zur Krisenabmilderung einzuleiten, als sehr positiv. Denn in Zeiten von sinkendem Weinkonsum und immer weiter steigenden Produktionskosten erfordert es aus Sicht der Verbändeallianz ein umfangreiches Paket, um eine Trendwende im Markt herbeizuführen.

Bundesminister Rainer sagte: „Der Weinbau in Deutschland ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein wertvolles Kulturgut, das die Identität und Landschaft vieler Regionen prägt. Mir ist es wichtig, die Weinbranche in dieser schwierigen Phase zu unterstützen. Ich werde auf die Bundesländer zugehen und mich zugleich in Brüssel für schnelle, praxisgerechte Lösungen einsetzen“.

Die Branchenvertreter zeigten im Verlauf des Gesprächs konkrete Ansatzpunkte für eine Trendumkehr auf:

- Für einen dauerhaften Erfolg des deutschen Weinbaus braucht es entsprechende Absatzpotenziale. Hierfür muss der Absatz von deutschen Weinen im Inland signifikant gesteigert werden. Die Branche bekennt sich klar zu seiner gemeinsamen Absatzförderung, dem Deutschen Weinfonds. Jedoch müssen die überbordende Bürokratie und die aktuell gesetzlich notwendigen Verwaltungskosten massiv reduziert werden, da diese stark die Marketing-Möglichkeiten einschränken. Stattdessen müssen die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bestmöglich am Point of Sale eingesetzt werden. Darüber hinaus bedarf es in Anbetracht des



Bundesverband der Deutschen Weinkellereien



Ausmaßes der Krise einer von staatlicher Seite unterstützten, nationalen Imagekampagne für deutschen Wein.

- Ebenso ist es erforderlich, dass sich die Bundesregierung deutlich vom unlängst kommunizierten und ideologisch motivierten Ansatz der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), wonach selbst ein moderater Alkoholkonsum als problematisch eingestuft wird, distanziert. Die wissenschaftliche Lage ist an dieser Stelle klar und eine trennscharfe Abgrenzung zwischen unbedenklichem moderatem Konsum alkoholischer Getränke und missbräuchlichem Konsum ist zwingend erforderlich. Die Branche setzt hier auf Eigenverantwortung und nicht auf Verbote.
- Gleichzeitig braucht es aus Sicht der Verbände kurzfristige Maßnahmen. Diese sollen als „Baukasten“ fungieren und schnell für eine Entspannung am Markt sorgen. Hierzu zählen unter anderem:
 - o Einführung der Rotationsbrache (zeitweise geförderte Stilllegung von Rebflächen mit der Gegenleistung von Umweltmaßnahmen)
 - o Schaffung eines nationalen Rahmens für Destillations- und Rodungsprogramme sowie Aufnahme der Grünen Lese in das Weinsektorenprogramm (wie von anderen EU-Mitgliedsstaaten bereits umgesetzt)
 - o Bürokratieabbau und Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen.
- Generell ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Weinbranche im internationalen Umfeld gefährdet. Da sich die Branche mit einem weltweiten Konsumrückgang konfrontiert sieht, wird der Konkurrenzkampf um die Regalflächen im Lebensmitteleinzelhandel in einem preissensiblen Marktumfeld immer härter. Im Vergleich zu internationalen Wettbewerbern haben die deutschen Weinerzeuger oftmals ungleich höhere Sozial- und Umweltstandards zu erfüllen. Daher fordern die Verbände ein unverzügliches Entgegensteuern der Politik, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Weinbranche und die Einführung von (bürokratie-)entlastenden Maßnahmen, beispielsweise bei der Sozialversicherungsfreiheit der Saisonarbeitskräfte sowie der Pflanzenschutzanwendungsverordnung. Für die Zukunftssicherung und den Ausbau des Bioanbaus ist die Wiedezulassung von Kaliumphosphonat auf EU-Ebene alternativlos.

Medienkontakt:

Marcus Gernsbeck

Pressesprecher Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Phone: +49 172 7196856

E-Mail: presse@drv.raiffeisen.de

(Stellvertretend für die Mitglieder der Verbände-Allianz aus BVW, BWSI, DRV, DWV, VDS und BVW)